



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/120 - 25. Mai 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der Notenregen	S. 1
Zu den Londoner Gesprächen mit Strauß	S. 2 a
Macmillans erschüttertes Kabinett	S. 3
Zur Anerkennung des in der Ostzone erworbenen Abiturs	S. 5
Das Ingenieurgesetz	S. 6

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21631-33  
Fernschreiber 0886890

## Der Notenregen

G.M. - Wer sich nicht von berufswegen mit Politik befaßt, dürfte wohl kaum noch in der Lage sein, durch den Notenregen hindurchzublicken, der jetzt auf der Linie Bonn-Moskau niederrasselt. Die Bundesregierung hat dieser Tage die Moskauer "Atom-Note" vom 27. April beantwortet. Moskau hat Bonn eingeladen, am 15. Juni in der russischen Hauptstadt mit Regierungsverhandlungen über die künftige Entwicklung des Handelsverkehrs, den Abschluss eines Konsularabkommens und über die Repatriierung von Angehörigen beider Staaten zu beginnen. Etwa um die gleiche Zeit überreichte der bundesrepublikanische Botschafter in Moskau, Haas, dem russischen Außenminister Gromyko die seit langer angekündigte deutsche Note zur Wiedervereinigung.

Was in den beiden ersten Noten steht, weiß man inzwischen; zum Inhalt der dritten, der Wiedervereinigungsnote, sind bisher nur Vermutungen laut geworden.

Die Bonner "Atom-Note" enthält in ihrem Kern die Wiederholung des von der Bundesregierung und ihren Sprechern während der "Atom-Debatte" im Bundestag entwickelten Standpunktes. Etwa: "Wir haben vorläufig nicht die Absicht, die Bundesrepublik atomar aufzurüsten, wir unterstützen zwar internationale Abrüstungsabkommen, aber behalten uns im übrigen weitere Entscheidungen vor. Auf die Stationierung von Atomwaffen in beiden Teilen Deutschlands zu verzichten, und hierüber ein Abkommen zwischen den Grossmächten zu befürworten, lehnen wir ab". Im übrigen: "Es geht Euch in Moskau überhaupt nichts an, in welcher Tempo und in welchem Ausmass wir weiter aufrüsten".

Herr Chruschtschow wird nach der Lektüre dieser Note wahrscheinlich wieder einmal gesagt haben: "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht". Die jetzige Bundesregierung scheint wirklich noch nicht bemerkt zu haben, dass sie mit ihrer Art, Noten aus Moskau zu beantworten, die Russen immer mehr in der Auffassung bestärkt, der deutsche Teilstaat Bundesrepublik wolle für alle Zeiten den Rüstungswettlauf

der Grossmächte mitmachen. Auf einem Empfang in der russischen Botschaft, an dem ausser Diplomaten deutsche und ausländische Journalisten teilnahmen, sagte ein Mitglied der russischen Botschaft, von einem deutschen Journalisten nach seinem Eindruck von der Bonner "Atom-Note" gefragt, lächelnd: "Nun ja, wir wissen ja, dass die Regierung des deutschen Teilstaates Bundesrepublik den 'Status quo' für eine gegebene Tatsache hält; was soll man da machen? Wir respektieren diesen Standpunkt".

Auch aus diesen Worten des russischen Diplomaten spricht Chruschtschows "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht", und es war daher allzu berechtigt, dass der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Wilhelm Mellies, noch am Freitagabend erklärte: "Es ist erschreckend, dass die Bundesregierung ein Abkommen, in dem auf die Stationierung von Atomwaffen in beiden Teilen Deutschlands verzichtet werden soll, glatt ablehnt. Damit lehnt es die Bundesregierung also ab, den Zündstoff dort zu verminieren, wo die beiden Atomkräfte an der einzigen Stelle in der Welt zusammenstossen".

\*

Der Moskauer Vorschlag, am 15. Juni mit den Regierungsverhandlungen über die künftige Entwicklung des Handelsverkehrs zu beginnen, entspricht in seiner Sachlichkeit der Absicht des Krenl, in aller Ruhe und ohne hierbei das Problem der Wiedervereinigung anzusprechen zu wollen, mit Bonn in Berührung zu bleiben und die Existenz der Bundesrepublik als deutschen Teilstaat zu respektieren. Dass sich ausserhalb des offiziellen Verhandlungsprogramms natürlich auch manche Gelegenheit bieten wird, das zentrale Problem der Wiedervereinigung anzusprechen, ist wohl selbstverständlich. Wenn hierbei aber von deutscher Seite auch wieder nichts anderes gesagt wird, als das, was schon hinreichend bekannt ist, muss befürchtet werden, dass ein Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Effekt zwar die Entspannung zwischen Ost und West fördern, die Spaltung Deutschlands und Europas aber nur noch einmal bestätigen dürfte.

\*

Das ist überhaupt das Kriterium für die diplomatische Aktivität der jetzigen Bundesregierung. So lange sich eine deutsche Bundesregierung damit begnügt, Begründungen für eine Aussenpolitik zu wiederholen, die uns in der Frage der Wiedervereinigung in eine Sackgasse geführt hat, wird das Resultat immer das gleiche bleiben. Im Westen wird man meinen, "die Deutschen" seien mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden, und im Osten - siehe Chruschtschow. Daran wird auch die Quantität der vielleicht noch zu wechselläufigen Worten nichts ändern. Immer klarer wird ersichtlich, dass unser Volk aus dieser Sackgasse mit dieser Art von Politik nicht herauskommt, dass weder die Wiedervereinigung noch die Sicherheit für unser Volk erreicht werden kann.

\* \* \*

Frostige Begleitkommentare

ler- Der Bundesverteidigungsminister Strauß hat während seiner zweitägigen Beratungen mit seinem britischen Kollegen Duncan Sandys erneut Proben seiner Vielseitigkeit gegeben - es war ein anderer Strauß, wie ihn die bundesrepublikanische Öffentlichkeit seit der Übernahme des Verteidigungsministeriums kennt. - Hat zu diesem sicherlich nur kurzweilig anhaltenden Wandel die mehr als frostige Atmosphäre beigetragen, die ihm in den Kommentaren der britischen Presse begegnete? Die Tatsache, dass er Schalthobel der Bonner Rüstungspolitik des, wie sich ein Blatt ausdrückte, rücksichtslosesten Mitglied des Kabinetts Adenauer sitzt, erfüllt viele Briten mit Unbehagen; sein Ehrgeiz, aus der Bundesrepublik die stärkste Militärmacht Europas westlich des Eisernen Vorhangs zu machen, lässt an der Themse böse Erinnerungen aus jüngst vergangenen Zeiten aufkommen.

Offiziell galt der Besuch der Beseitigung von Missverständnissen, die sich durch die schon in vollem Anlauf befindlichen britischen Umrüstungspläne zwischen London und Bonn ergaben. Natürlich haben die Briten nicht die Absicht, sich davon abhalten zu lassen, noch in diesem Herbst ziehen 27 000 in der Bundesrepublik stationierte britische Soldaten ab, was mit den verbleibenden 50 000 Mann in der Zukunft geschehen soll (sogenannte Schildstreitkräfte), steht wohl in den Sternen geschrieben. Wenn es Grossbritannien für nötig halten sollte - und viele innenpolitische Gründe sprechen dafür - auch noch diese Truppenstärke zu halbieren, wird es sich als dritte Atommacht gewiss nicht darin hindern lassen.

Für Strauß stürzte eine ganze Welt ein, als London seine Pläne bekanntgab. Die Lektüre des britischen Weißbuches, das sie begründete, zählte zu den unerfreulichsten Leseerfahrungen für Strauß. Was blieb ihm nun anderes übrig als seine volle Zustimmung zu deklarieren, wobei der Taktiker Strauß noch einen Schritt weiterging und nichts unternahm, um Atomwaffen für die Bundeswehr zu erhalten. Sie wünsche auch nicht die Produktion dieser Vernichtungswaffen, weil dies die Schaffung eines Kontrollsystems im Zusammenhang mit etwaigen Abrüstungsvereinbarungen erschweren würde - ein aus dem Munde von Strauß erstaunliches Zugeständnis, wenn man es in rechte Beziehung setzt zu alledem, was vorausgegangen war. Ein paar Tage vor seiner Londonreise liess er doch verkünden, die Russen hätten sowohl in der DDR, in der Tschechoslowakei wie auch in Ungarn Atomstreitkräfte stationiert, eine Behauptung, die er in London durch den Satz abschwächte, das könne niemand wissen. Ist dem Bundesverteidigungsminister an der Themse auf den Zahn gefühlt worden? Blieb ihm dann nichts anderes übrig, als sich selbst zu demontieren?

Das Kommuniqué über die Gespräche Strauß' mit seinem britischen Kollegen lässt trotz seines freundlichen und "völlige Übereinstimmung" bekundenden Tones erkennen, dass die Briten an ihrer besonderen Verteidigungskonzeption festhalten und, vor allem, was für Strauß sicherlich enttäuschend sein muss, dass sie gar nicht darauf erpicht sind, die Bundesrepublik in der Frage der atomaren Rüstungsumstellung gleichziehen zu lassen. Dieser Tatsache trug Strauß durch eine für ihn gewiss ungewohnte Zurückhaltung Rechnung; wie lange wird sie nur anhalten?

25. Mai 1957

Wer wird der nächste britische Aussenminister ?

E.A., London

Vier Monate als Regierungschef haben Premierminister Macmillan von der traurigen Tatsache überzeugen müssen, dass seine nächsten Mitarbeiter mit zwei Ausnahmen von einer geradezu erschreckenden Mittelmässigkeit sind. Die zwei Ausnahmen bilden Butler als Innenminister und Führer des Unterhauses und Duncan Sandys als Verteidigungsminister. Die offenbarste Schwäche des Kabinetts liegt in der Besetzung des Aussenministeriums. Selwyn Lloyd - oder Mister Zelluloid, wie ihn Churchill komischerweise nannte - wird von Macmillan als stärkste Belastung seines Teams empfunden, obwohl auch an anderen Stellen, so z.B. im Commonwealth-Ministerium, ein Wandel nur zugunsten der Regierung ausgelegt werden könnte.

Man kann heute sehen, warum Harold Macmillan damals, als er seine Regierung bildete, Selwyn Lloyd als Foreign Secretary beibehalten hat. Alle Kritiker der Eden-Politik waren überzeugt, dass Lloyd gehen müsse. War er neben Eden nicht der Hauptverantwortliche an dem Suez-Fiasko? Lloyd war persona non grata in Washington, hatte das State-Department bewusst im Unklaren über die Interventionsabsichten gehalten und galt im In- und Auslande als die personifizierte Linie der starken Hand. Aber gerade darum brauchte ihn Macmillan, um die störrischen Toryabgeordneten geschlossen hinter die Regierung zu bringen. Solange Selwyn im Foreign Office regierte, konnten sich die Konservativen in dem Traume gefallen, dass die alte Eden-Politik beibehalten bliebe; er war Macmillans Rückendeckung gegen die Pfeile der unzufriedenen Konservativen. Nun, wo die Suez-affaire mit der Durchfahrterlaubnis für die britische Schifffahrt unter Nasser's Bedingungen mit einer stillschweigenden Anerkennung der erlittenen Niederlage ausgeklungen ist, scheint Mister Lloyd seine Nützlichkeit für Macmillan verloren zu haben. Als Aussenminister Lloyd in der abschliessenden Suezdebatte noch einmal mit derselben Anwaltslogik aber ohne das übliche Bravado die Intervention verteidigt hatte, würdigte der Premierminister ihn nicht einmal eines dankbaren Blickes. Er sieht sich nach einem Nachfolger für den Aussenminister um.

Wenn Selwyn Lloyd noch bis zum Herbst im Amte bleiben sollte,

was wahrscheinlich ist, so kann er dafür der Mittelässigkeit seiner Kabinettskollegen danken. Es ist einfach niemand da, der das Format für einen erfolgreichen Aussenminister hätte. Gewiss, es gab Lord Salisbury, der als ein Sachkenner der auswärtigen Angelegenheiten galt. Aber der sehr ehrenwerte Lord hat wegen der Freilassung von Erzbischof Makarios demissioniert und hat sich seitdem zum Sprecher der Kritiker der schwachen Mittellostopolitik der Macmillan-Regierung aufgeworfen. Rebellen kann Macmillan im Schoße seines Kabinetts nicht gebrauchen. Diese Überlegungen schliesst auch Anthony Nutting, den ehemaligen Staatssekretär im Foreign Office aus. Er war zweifellos eine Begabung, aber kein Ja-Sager. Dafür resignierte er, gab sein Mandat auf und befindet sich nun in der politischen Wildernis.

So bleibt Macmillan nichts anderes übrig, als einen der minder-bekanntesten Minister für den Posten des Aussenministers in Betracht zu ziehen. Drei von ihnen sollen sich dafür drängen, Lennox-Boyd, der Kolonialminister, Heathcot Amory, der Landwirtschaftsminister und Iain Macleod, der Arbeitsminister. Der Kolonialminister Lennox-Boyd, dessen Ungeschick in der Zypernpolitik Grossbritannien wenig Freude verschafft hat, mag selbst dem Premierminister ein zu starrer Verfechter der veralteten Machtpolitik sein. So liegt das Rennen zwischen Heathcot Amory und Iain Macleod, wobei der letztere vielleicht die besseren Chancen hat.

Als Arbeitsminister war er der Nachfolger Monckton's, der wegen seiner Unparteilichkeit auch von den Gewerkschaften hochgeschätzt worden war. Wider Erwarten bewährte sich Macleod gut, er war ein geschickter Vermittler und wusste die Klippen der drohenden Lohnkonflikte gewandt zu umschiffen. Gegen ihn mag sprechen, dass er nur innerpolitische Erfahrungen besitzt. Allerdings ist sein Name auch über Grossbritannien hinaus bekannt, nämlich als der eines der führenden Bridge-Spieler. Er steht an fünfter oder sechster Stelle in der britischen Spielerliste und hat ein viel beachtetes Buch "Bridge ist ein leichtes Spiel" geschrieben. Als Bridge-Spieler sollte er die Fähigkeit haben, die Gedanken seiner Gegenspieler zu lesen und dürfte somit zumindest den grössten Fehler der Lloyd'schen Aussenpolitik, die Mentalität der Weltmeinung zu verletzen, vermeiden.

Förderkurse reformbedürftig!

## Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Wer nach dem 31.12.50 in der SBZ das Abitur bestanden und noch nicht mehr als drei Semester studiert hat, muss nach einem zwei Jahre alten Beschluss der ständigen Konferenz der Kultusminister, wenn er als Flüchtling über die Zonengrenze gekommen ist, um hier in der Bundesrepublik sein Studium aufzunehmen, zunächst eine Ergänzungsprüfung ablegen. Vom Abitur in der Ostzone bis zur Ergänzungsprüfung müssen mindestens 9 Monate vergangen sein, was sich aus dem Satbestand herleitet, dass der Oberschulabschluss in der Zone mit insgesamt 12 Schuljahren erreicht wird, also ein Jahr früher als bei uns. Der junge Abiturient, - der in der Regel zu uns kommt, weil ihm drüben die Zulassung zum Studium verweigert wurde - hat jetzt zwei Möglichkeiten: er kann entweder eine Arbeit (normalerweise eine Hilfsarbeiterstelle) annehmen, um seinen persönlichen Nachholbedarf, besonders an Kleidung, zu decken und sich das für die Prüfung erforderliche Wissen nebenbei in seiner Freizeit aneignen, oder - und das tun die meisten - er kann an einem der halbjährigen Förderkurse teilnehmen, die ihm eine wirtschaftlich sorgenfreie unterrichtliche Vorbereitung auf die Ergänzungsprüfung ermöglichen.

So weit, so gut. Dass der Abiturient, der von drüben kommt und hier die Hochschule besuchen will, vorher darauf vorbereitet werden muss, bezweifelt niemand, der den Personenkreis und die Verhältnisse kennt. Umso bedauerlicher ist es, dass die Förderkurse in der heute praktizierten Form eine glatte Fehlkonstruktion darstellen. Anstatt für die jugendlichen Flüchtlinge, die ja zum Teil schon studiert haben und deren Abitur man zumindest formell anerkennt, ein Vorsemester vor das Hochschulstudium zu hängen, das sie in die Fragestellung und Methodik unvoreingenommener Forschung und freien Studiums hineinführen lässt, haben die Kultusministerien diese Kurse in die Zuständigkeit der unteren Schulverwaltung gegeben, die sie ganz unvorzählbar als Not- und Nebenaufgabe betrachten und in ihnen von meist unausgesuchten, sehr häufig pensionierten Lehrkräften lediglich den Stoff der Oberprima wiederkauen lassen.

Die routinierte Laxheit und Gleichgültigkeit, mit der diese erregende Aufgabe angenommen wurde, hat bisher verhindert, diese Arbeit überhaupt in den Griff zu bekommen und ihr einen überzeugenden Inhalt zu geben. Anstatt Wissensflicken auf die - das sei zugegeben - leicht

isdenscheinige Bildung zu setzen und sich dabei der konventionellen Schulfächer - Deutsch, Geschichte, Latein bzw. Englisch, Biologie oder Mathematik - und dazu nicht nur des Personals, sondern auch der geistbestimmenden Methodik der klassischen Lehranstalt zu bedienen, sollte man dringend in die wirklichen Nahtstellen eingreifen und z.B. in der Form eines philosophisch-geistesgeschichtlichen Seminars das echte, nicht ideologisch eingeengte Fragen anregen und dem, der nach aller Erfahrung einen tiefen geistigen Hunger mitbringt, in den Grundfragen des Menschen und seiner Kultur Orientierung und eigenen Standpunkt ermöglichen. Der Deutschunterricht sollte die deutsche Sprache und die drüber fast ganz unbekanntere neuere Literatur zum Kerninhalt haben. Analog müsste das Bemühen um die Geschichte einer Auseinandersetzung um das Geschichts-  
 il/ mit besonderem Hinweis auf die Gegenwart Raum geben. Die naturwissenschaftlichen Fächer könnten wahrscheinlich zusammengefasst werden zu einem Fach "allgemeine Naturwissenschaft", das der Erarbeitung des naturwissenschaftlichen Weltbildes zu dienen hätte.

Kein Zweifel, dass die Form des Schulunterrichts und in den meisten Fällen wahrscheinlich auch das Lehrpersonal vor der so gesehenen Aufgabe des Förderkurses für Ostabiturienten und Studenten vorsagen müssen. Im dringlichen Interesse dieser Aufgabe muss aller Wert auf die eigene Erarbeitung und die gemeinsame Diskussion im Rahmen von Seminaren und Arbeitsgemeinschaften gelegt werden, die möglichst von jungen Lehrkräften - z.B. Assistenten und Referendaren - geleitet sein sollten, die selbst noch mit voller Frische und Orientiertheit in den uns bewegenden Auseinandersetzungen stehen.

\* \* \*

Keine Berufsordnung  
 aber Berufsbezeichnungsschutz

H.B. Ebenso wie die Handwerks-Ordnung bleibt das Ingenieurgegesetz, das der Bundestag jetzt verabschiedet hat, im Rahmen des in öffentlichen Interesse Vertretbaren. Beidemals handelt es sich um Berufsgruppen, die gewichtige Gründe von allgemeiner Bedeutung für die von ihnen gewünschte gesetzliche Regelung geltend machen können. Im Falle des Ingenieurgegesetzes leistet die gesetzliche Regelung noch weniger als im Falle der Handwerksordnung mit ihrem Grossen Befähigungsnachweis einer "Verkammerung" Vorschub, deren Konsequenz eine ständestaatliche Entwicklung wäre.

Dem neuen "Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung 'Ingenieur'",

ist von allen Fraktionen des Bundestages zugestimmt worden. Der seinerzeit von der DP eingebrachte Entwurf eines ständepolitischen "Gesetzes zur Ordnung des Ingenieurberufs" fiel von vornherein unter den Tisch. Das neue Gesetz will nicht einen Beruf "ordnen", sondern lediglich eine Berufsbezeichnung schützen. Es bestimmt in seinem ersten Paragraphen, dass sich nur derjenige "Ingenieur" nennen darf, der an einer Technischen Hochschule, Ingenieurschule, Bergakademie oder einer Universität sein technisches oder naturwissenschaftliches Studium mit Erfolg abgeschlossen hat. Damit ist dem so häufigen Missbrauch des Ingenieurtitels ein Ende gesetzt.

#### Missbrauch ausgeschaltet

Gegen diesen Missbrauch hatten sich die Ingenieure mit ordentlicher Berufsausbildung bisher vergeblich zur Wehr gesetzt. Aber auch die Allgemeinheit hat ein Interesse an der Verhinderung des Missbrauches dieser Berufsbezeichnung, denn bei dem Ingenieurberuf handelt es sich um eine Tätigkeit, durch die Dritte gefährdet und an Leib und Leben geschädigt werden können. Je mehr die Technik unser Leben beherrscht, umso dringender wird die Verhinderung eines Missbrauches. Dieser Auffassung waren auch die Vertreter einer Reihe interessierter Organisationen, die von dem federführenden Ausschuss zur Beratung des Ingenieurgesetzes, dem Ausschuss für Sonderfragen des Mittelstandes, gehört wurden: des DGB, der DAG, der Deutschen Postgewerkschaft, des Vereins deutscher Ingenieure und anderer.

Andererseits dürfte das neue Gesetz keineswegs ein Exklusivrecht schaffen. Es bestimmt in seinem dritten Paragraphen, dass die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur" auch demjenigen zuzuerkennen ist, der mindestens sechs Jahre lang eine ingenieurmässige Tätigkeit ausgeübt hat. Es dürfte nicht nur den Absolventen technischer und anderer Hochschulen, es müsste auch dem Aussenseiter oder Autodidakten die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung gewährt und ihm die gleiche berufliche Chance eröffnet werden wie demjenigen, der die Möglichkeit zum Studium hatte.

Bei dieser den Aussenseitern aus den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Praxis zu gewährenden Chance musste allerdings verhindert werden, dass gegenüber den Absolventen der genannten Lehranstalten eine minderqualifizierte Gruppe von Ingenieuren dadurch entstand, dass den



Unternehmungen oder Betrieben das Recht eingeräumt wurde, über Arbeits- oder Anstellungsverträge Bezeichnungen wie z.B. "Werksingenieur" oder "Betriebsingenieur" zu Berufsbezeichnungen zu machen. Diese in solchen Arbeits- oder Anstellungsverträgen bisher üblich gewesenen Bezeichnungen geben in keiner Weise die Gewähr dafür, dass ein unter dieser Bezeichnung Beschäftigter ingenieurmässige Tätigkeit im umfassenden Sinne ausüben kann. Es war der Bundeswirtschaftsminister, der sich in einem Schreiben an den federführenden Ausschuss für eine solche Regelung stark gemacht hatte, die den "Werken" erlaubt hätte, ganze Armeen von "Werksingenieuren" nach ihrem Gutdünken aus dem Boden zu stampfen. Der Ausschuss lehnte dieses Ansinnen ab und handelte damit im Interesse sowohl des Ingenieurberufs als auch der Öffentlichkeit.

#### Künftige Gesamtlösung keinesfalls behindert

Ein unabhängiger staatlicher Ausschuss erkennt nun bei Vorliegen der Voraussetzungen dem Aussenseiter das Recht zu, die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu führen. Im Grunde ist nach der Meinung des Ausschusses für Sonderfragen des Mittelstandes das nun beschlossene Gesetz kein Schutz einer Berufsbezeichnung, sondern vielmehr ein Gesetz darüber, unter welchen Voraussetzungen der Berufsausbildung und der beruflichen Tätigkeit jemand einen Ingenieurberuf ausübt und damit das Recht zur Führung der entsprechenden Berufsbezeichnung erhält. Somit soll also Irreführung oder Täuschung der Öffentlichkeit durch die Ausübenden eines solchen Berufes verhindert werden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses - dessen Berichterstatter für das Ingenieurgesetz der SPD-Abgeordnete Erwin Lange war - haben an dem jetzigen Entwurf mitgearbeitet und ihn zugestimmt. Sie hätten allerdings eine umfassende Neuordnung des gesamten Gewerbe- und Berufsrechts lieber gesehen, die dem heutigen Stande von Wirtschaft und Technik wirklich entspricht. Sie konnten dem Ingenieurgesetz zustimmen, weil sie die Gewissheit haben, dass die gesetzliche Regelung dieser Einzelfrage eine künftige Gesamtlösung keinesfalls behindert.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Hoffnung für viele Tausende.

Der Satz "...das ist insofern ein Fortschritt..." in unserem unter obigem Titel gestern veröffentlichten Artikel blieb durch ein Versehen unvollständig. Es soll heissen: Das ist insofern ein grosser Fortschritt, als Moskau in den Bewohnern der von den Westmächten an die Sowjetunion abgetretenen Teile Ostpreussens usw...